

Finanz- und Personalausschuss am 27.05.2025

Mitteilung der Verwaltung

Tarifeinigung im öffentlichen Dienst 2025 – Auswirkungen auf den Kernhaushalt der Stadt Bielefeld

Der Bund, die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) sowie die Gewerkschaften ver.di und dbb beamtenbund und tarifunion haben sich am 6.04.2025 auf einen neuen Tarifabschluss für die Beschäftigten von Bund und Kommunen geeinigt. Die Mitgliederversammlung der VKA hat der Einigung am 6.04. zugestimmt, die Bundestarifkommissionen der Gewerkschaften am 12.05.

Die wichtigsten Eckpunkte der Einigung:

- **Entgelterhöhungen:**
 - ab 1.04.2025: +3,0 %, mindestens jedoch +110 Euro monatlich
 - ab 1.05.2026: +2,8 %
- **Jahressonderzahlung:**
 - Einheitlich 85 % ab dem Jahr 2026
 - Option zur Umwandlung in bis zu drei freie Tage
- **Arbeitszeit:**
 - Freiwillige Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf bis zu 42 Stunden möglich (befristet)
- **Weitere Verbesserungen:**
 - Ein zusätzlicher Urlaubstag ab 2027
 - Erhöhte Zulagen für Schicht- und Wechselschichtarbeit ab 1. Juli 2025
 - Verbesserte Regelungen im Rettungsdienst, u. a. die Möglichkeit der Einrichtung von 24-Stunden-Schichten
- **Für Auszubildende und Studierende:**
 - Erhöhung der Ausbildungs- und Studienentgelte um jeweils 75 Euro monatlich ab April 2025 und Mai 2026
 - Einführung einer Regelung zur unbefristeten Übernahme nach erfolgreichem Abschluss

Die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt 27 Monate bis zum 31.03.2027 und schafft damit Planungssicherheit für alle Beteiligten.

Entsprechend der Mitteilung des Kommunalen Arbeitgeberverbandes NRW entspricht die Tarifeinigung einer Tarifierhöhung von 2,6 % sowohl für 2025 als auch für 2026. Berücksichtigt sind die linearen Steigerungen mit den jeweiligen Leermonaten, die Erhöhung der Entgelte für Auszubildende und die Erhöhung der Jahressonderzuwendung 2026. Nicht enthalten ist die durchlaufende Erhöhung der Schicht- und Wechselschichtzulagen.

Der Personalaufwand für die Jahre 2025 und 2026 wurde bereits mit einer Tarifsteigerung von jeweils 2,5 % geplant.

Die Tarifeinigung wird nach heutigem Kenntnisstand einen zusätzlichen Personalaufwand von rd. 400.000 Euro für beide Jahre verursachen und stellt aus Sicht der Verwaltung keine erhebliche Mehrbelastung des Haushaltes dar.